

Rezensionsartikel

Reinhard Kößler

Kritik der Millennium Development Goals? Aber um was dreht sich eigentlich „Entwicklung“?

Franz Nuscheler & Michèle Roth (Hg.): *Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg?* Bonn: Dietz 2006, 251 Seiten.

Die *Millennium Development Goals* (MDG) sind nicht nur, wie Christa Wichterich im Anschluss an Jens Martens (2005) es formuliert hat, zu einem „Mantra“ für die mit „Entwicklung“ befasste epistemische Gemeinschaft geworden; sie ebenso wie die an sie anschließende Debatte werfen auch nachdrücklich grundsätzliche Fragen auf, die über die Kritik an einzelnen MDG oder selbst an der in den MDG zum Ausdruck kommenden Entwicklungsstrategie deutlich hinausgehen. Der kürzlich in der Reihe der *Stiftung Entwicklung und Frieden* erschienene Sammelband macht das sehr schön deutlich. Um es vorweg zu sagen: Dieses Buch ist nicht nur eine nützliche Einführung in die Thematik der MDG, die nebst Zielvorgaben und Indikatoren im Anhang handlich dokumentiert sind, es zeigt auch kritische Perspektiven auf. Zugleich führt es aktuelle entwicklungsbezogene Diskurse und dabei nicht zuletzt auch deren Dilemmata und Fallstricke vor. Diese Perspektive freilich erschließt sich vor allem einer kritischen, „gegen den Strich“ laufenden Lektüre. Dabei ergeben sich mehrere Schichten der Problematisierung.

Fangen wir ausnahmsweise am Ende an. *Eveline Herfkens*, Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für die *Millennium Campaign*, und ihre Beraterin *Mandeep Bains* fordern in einem flammenden Plädoyer, die MDG als erstmalig „gemeinsame Vision der Entwicklungsgemeinschaft“ mit „ergebnisorientiert(en), quantifiziert(en) und zeitgebunden(en)“ Zielbestimmungen (226) forciert umzusetzen: „Auch wenn Entwicklung mehr beinhaltet als die MDGs [...], bleibt uns keine Zeit für weitere Reflektionen“ (228). Allerdings sehen die Autorinnen sehr wohl die Notwendigkeit, die Bundesregierung der Schummelei beim Heraufrechnen des Anteils der deutschen Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen zu zeihen und zu fordern, die EU möge endlich die Handelshemmnisse vor allem im Agrarbereich beseitigen. Dafür gelte es, für „die Unterrichtung der Bürger“ zu sorgen, damit „die gesellschaftlichen Entwicklungsgruppen“ durch

„politischen Druck“ auf die Regierungen „Wandel erzeugen“ könnten. Erich Fried hat einmal auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Nachrüstung in den 1980er Jahren davor gewarnt, immer zu sagen und auch zu meinen, es sei „fünf vor zwölf“ oder gar später, weil dann die Distanz fehle, die zum Nachdenken nun einmal unerlässlich ist. Liest man die übrigen Beiträge dieses Buches und denkt ein wenig darüber nach, liegt es nahe, eher dem Rat des nachdenklichen Radikalen und Außenseiters als der anscheinend außer Atem kommenden Arrivierten und Gemäßigten zu folgen.

Das zeigt sich bereits an *Michèle Roths* Untersuchung der diversen Kampagnen, die sich die Propagierung der MDG zum Ziel gesetzt haben. Roth skizziert die Verknüpfung der *Millennium Campaign* u.a. mit dem auf dem Weltsozialforum in Porto Alegre 2005 lancierten *Global Call for Action Against Poverty*, aber auch die Widersprüche etwa mit dem deutschen Zweig der *Millennium Campaign*, die ein stärkeres Problembewusstsein, etwa über die weltweit sehr ungleiche Reduzierung absoluter Armut einklagt. Auch der *Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.* (VENRO) sieht die MDG als ergänzungsbedürftig durch „den umfassenderen Ansatz einer ökologisch tragfähigen und sozial gerechten Entwicklung“ (107). Zentrales Problem ist endlich die breite Einbeziehung Prominenter in die Kampagnen, was nicht nur zu Rückfragen über die Marginalisierung und Eliminierung von Inhalten angesichts der Dominanz der Popkultur, sondern auch aufgrund von Hinweisen eines stillschweigenden Übereinkommens zwischen Bob Geldorf als dem führenden Repräsentanten der beteiligten Popkünstler und Tony Blair problematisch erscheint. Der „gewünschte und erforderliche Druck auf die politischen Entscheidungsträger“ erfordert nicht akuten Hype, sondern dauerhaftes Engagement (115) – man darf gespannt sein, ob das öffentliche Engagement der Pop-Größen im Vorfeld des G8-Gipfels von Heiligendamm solche Nachhaltigkeit signalisiert.

Bereits auf dieser Ebene ist angesprochen, dass es nicht allein darum geht zu bewerten, was die bestenfalls lückenhaften und in vieler Hinsicht bereits immanent enttäuschenden Resultate der MDG nach nahezu der Hälfte der vorgegebenen Laufzeit zu bedeuten haben und welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen seien. *Thomas Fues* vermerkt am Ende seines Überblicks über diese Problematik „mangelnde Kohärenz“ etwa angesichts des Scheiterns der Doha-Runde (57) und fordert eine „neue Universalethik“ sowie Einsicht in „das aufgeklärte Eigeninteresse der reichen Gesellschaften an globaler Stabilität und Frieden“ (58). Dass dies weitgehend frommer Wunsch ist, geht aus *Richard Brands* Analyse des deutschen Beitrags zur Erfüllung der MDG hervor – nicht nur, was die Höhe der Hilfe angeht, sondern auch in Fragen der Finanzierungsinstrumente und der Politikkohärenz. So wurden die MDG trotz der Definition als Querschnittsthema mit

Federführung des BMZ bald „de facto ein Programm des BMZ“ (66). Der Beitrag der BMZ-Referentin *Jutta Kranz-Plote* illustriert diesen Befund.

Ist immanent bereits die Implementierung der MDG hochproblematisch, so gilt dies auch für ihre konzeptionellen Grundlagen. Hier geht es vor allem um Lücken im Katalog der MDG sowie um konzeptionelle Engführungen. *Uwe Holtz* greift das häufiger monierte Fehlen der Dimension des Funktionierens staatlicher Institutionen, gewöhnlich als *Good Governance* bezeichnet, sowie der Menschenrechte in den MDG auf. Noch in der Millenniums-Erklärung Kofi Annans waren sie an durchaus prominenter Stelle vorgekommen und etwa auch Bestandteil der Konditionalitätskriterien des BMZ in den 1990er Jahren gewesen. Solche Überlegungen werden weiter durch *Stephan Klingebiel*s Plädoyer für die Berücksichtigung von *Governance* gegenüber der Fixierung auf den von Jeffrey Sachs propagierten, letztlich aber an alte modernisierungstheoretische Konzepte gemahnenden *big push* durch massive Erhöhung der monetären Transfers gestärkt. Holtz verweist zugleich darauf, dass die Bundesregierung ebenso wie die EU an diesen Zielsetzungen festhalten, fordert jedoch als neuntes Millenniumsziel „Diktaturen überwinden“, wonach bis 2015 „die Zahl der undemokratischen, menschenrechtsverletzenden Regime halbier(t)“ sein soll (133). Wie dies gemessen und kontrolliert werden soll, bleibt freilich im Unklaren. Bedenkt man die Probleme, die sich einer Beurteilung von Demokratisierung und Transition nicht nur in Afrika stellen, setzt sich die Forderung dem Verdacht eines letztlich gewollt oder ungewollt demagogischen Spiels mit Zahlen aus. Ebenfalls wenig durchdacht erscheint Holtz' anschließende Forderung, „möglichst alle Länder“ Afrikas sollten „den NEPAD-African Peer Review Mechanism akzeptieren“ (134) – offenbar ohne zu bedenken, dass dieser bei Niederschrift Mitte 2006 gerade in Zimbabwe glorreich gescheitert war, einmal ganz abgesehen davon, dass der *Peer Review* eher der African Union zugeordnet und damit bereits ineffektiv gemacht wurde. Sinnvoller wäre es hier wohl zu untersuchen, warum die Problematik der Regierungsführung und der Menschenrechte aus den MDG ausgespart blieb und zu fragen, welche institutionellen und politischen Konsequenzen daraus folgen könnten. Hier geht es offenkundig um Machtfragen, die anscheinend in einem vorab auf Effizienz orientierten Diskurs nur schwer zu berücksichtigen sind.

Angesichts der ebenso berechtigten wie wohlbegründeten Klage *Franz Nuscheler*s darüber, dass das „Leitbild der globalen nachhaltigen Entwicklung“ sich „im MDG-Zielkatalog“ zugunsten von Verweisen auf Umweltschutz sowie sektorale Probleme wie Trinkwasserversorgung „verflüchtigte“ (166), die bei all ihrer Bedeutung der aktuellen Ökologie-Problematik nicht gerecht werden kann, drängen sich ähnliche Vermutungen auf. Nur fragt auch Nuscheler nicht nach den Gründen, aus denen dies geschehen konnte, sondern empfiehlt ein neues institutionelles Arrangement, das Umwelt- und Entwicklungspolitik verkoppelt, fordert, „den

von den MDGs verdrängten ‘Geist von Rio’ zu reanimieren“ (170) und warnt, „weiteres Abwägen und Hinauszögern würde den ökologischen *point of no return* vorziehen“ (171) – alles völlig richtig. Wenn jedoch Wissenschaft nicht in der Lage ist nachzuweisen, wie, aufgrund welcher Diskursdynamiken, Interessenlagen und Machtverhältnisse es zu der aktuellen, nicht nur misslichen, sondern überaus bedrohlichen Lage gekommen ist, sind solche Formulierungen Ausweis nicht nur der Macht-, sondern der konzeptionellen Hilflosigkeit. Denn Schritte, die nachhaltige und besorgniserregende Blockade in der Umweltproblematik zu beseitigen, lassen sich nur unter der Voraussetzung skizzieren, dass die Machtverhältnisse benannt und die Diskursstrategien offengelegt werden.

Ähnliche schwerwiegende Defizite wie im Bereich der Umwelt konstatiert *Veronika Wittmann*, nach deren Analyse „Gender in der Millennium-Erklärung ein rudimentärer Bereich“ ist, der „auf die Bereiche Bildung, formelle Arbeit und Politik verengt“ wurde (177). Aus der Perspektive von *Gender and Development* (GAD) reklamiert Wittmann gegen den Ansatz der MDG „eine Sichtweise, die Frauen nicht als passive Rezipientinnen von Entwicklungen, sondern deren aktive Agentinnen sieht“ (176) und betont dementsprechend quer durch unterschiedliche Politikfelder von der Armutsbekämpfung über Alphabetisierung und Bildung bis hin zur Repräsentanz in Parlamenten die zentrale Bedeutung des *Empowerment*. Gegenüber solchen Perspektiven, für die etwa auch die Ergebnisse der Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing stehen, erscheinen die MDG als Rückfall auf ein „Konzept [...] der geschlechterblinden Reduzierung von Armut“, das nicht zuletzt „die Ursachen geschlechtsspezifischer Ungleichheit [...] ausklammert“. „Fragen nach patriarchaler Herrschaft verweilen in der historischen Dunkelkammer“, und auch die Profiteure „sexistischer Diskriminierung“ „in Zeiten des Neoliberalismus“ bleiben „unerwähnt“ (189f). Doch wenn Wittmann dem „unermüdliche Lobbyarbeit“ entgegensetzen möchte (191), fragt sich einmal mehr, wie es zu diesem ernüchternden Befund kommen konnte und damit auch, wo Lobbyarbeit und – allgemeiner – Politik denn anzusetzen habe und warum die gerade in diesem Bereich überaus intensive und mit großen Hoffnungen verbundene bisherige Lobbyarbeit offenbar weit hinter ihren Zielen zurückgeblieben ist, ja schwere Rückschläge hinnehmen musste.

Wittmann verweist weiter darauf, dass die „Qualität von Entwicklung“ (179) ausgespart bleibe, weil die MDG auf quantitative Zielvorgaben fixiert sind. Eine solche Orientierung freilich würde wohl nicht nur „qualitative Messmethoden“ (180), sondern andere Zielvorgaben erfordern. Dem nähert sich *Karin Küblböck* mit der wohl grundlegendsten in diesem Band enthaltenen Kritik an den MDG. Neben einigen Beispielen für das Schönrechnen vorliegenden Zahlenmaterials fragt sie zum einen, „wie sehr die ‘Erreichung’ der MDGs vorrangig der politischen Legitimation des derzeitigen Wirtschaftssystems zu dienen hat“ (141), und

ordnet diesem „Legitimationsbedarf“ auch die *big-push*-Strategie zu, wie sie von Jeffrey Sachs befürwortet wird (142). Die damit verknüpfte „Entpolitisierung der Armutsdebatte“ (143) blende vor allem selbst angesichts weltweit steigender Ungleichheit Verteilungsprobleme aus, und auch „das Thema Weltwirtschaft (wurde) systematisch ausgespart“ (146) zugunsten einer einseitigen Betonung der „Selbstverantwortung der Entwicklungsländer“ – im klaren Kontrast zu den Tendenzen der 1960er und 1970er Jahre mit ihrer Überbetonung exogener „Ursachen fehlender Entwicklung“ (148). Dabei verkennt Küblböck nicht, dass die Millenniums-Ziele Ausdruck des „aktuell dominanten Entwicklungsdiskurs(es)“ sind, der zugunsten der „Linderung der Schmerzen“ der „ökonomischen Misere“ „in den ärmsten Ländern“ „strukturelle Veränderungen in den Nord-Süd-Wirtschaftsbeziehungen“ nicht thematisiert (151). Um solche Veränderungen geht es zumindest auf den zweiten Blick Ross Herbert, der am *South African Institute of International Affairs* das NEPAD- und *Governance*-Projekt managt. Herbert bezeichnet zunächst die MDG als „eine Art politische Tarnung [...], die die Aufmerksamkeit von der wichtigeren Frage ablenkt, warum Entwicklungsorganisationen keine langfristigen Ergebnisse erzielen“ (208), beantwortet diese nach vier Entwicklungsdekaden sicher höchst dringliche Frage freilich nicht direkt, sondern verweist zunächst darauf, welch irreführende Auswirkungen die numerischen Zielvorgaben der MDG haben können, wenn etwa nicht mehr gefragt wird, welche Qualifikationen ein entsprechend diesen Zielvorgaben expandierendes Bildungssystem eigentlich produziert und wie die so ausgebildeten Menschen zum wirtschaftlichen Wachstum beitragen können. Dies nämlich ist der Fluchtpunkt von Herberts auf Afrika bezogenen Überlegungen, und seine „Kernpunkte für afrikanische Millennium-Wachstumsziele“ (212ff) können nicht nur als Alternative zu den MDG, sondern auch als Operationalisierung der überaus ehrgeizigen Wachstumsziele gelesen werden, die zumindest zu Beginn mit der von den Präsidenten Südafrikas, Nigerias und Senegals initiierten *New Partnership for Africa's Development* (NEPAD) verbunden waren. Es geht dabei um Ziele wie verbesserte Infrastruktur bei Transport und Energieversorgung, um Stärkung des *Know-How* durch bessere Forschungseinrichtungen und gezielte Ausbildungsinitiativen, etwa zur „Verdreifachung des jährlichen Ausstoßes an qualifizierten und angelernten Arbeitskräften“ sowie „der Zahl von Universitätsabsolventen im Buchhaltungswesen und Projektmanagement“, um eine grundlegende Reform des Kreditwesens und um Stärkung des Steueraufkommens durch Luxussteuern; die „politische Reformagenda“ (219ff) orientiert sich vor allem auf die Korruptionsbekämpfung, fordert aber auch mit der „Umwandlung des Grundbesitzes vom gewohnheitsrechtlichen in freie Rechtstitel bis 2015“ (220) eine entschieden modernistische, auch in Südafrika überaus kontroverse Maßnahme. Insgesamt geht es Herbert darum, dass Afrika „seine produktive Kapazität und Wettbewerbs-

fähigkeit verbesser(t)“ und so „zu einem besseren Wirtschaftsstandort mit mehr Arbeitsplätzen“ wird. Nur nebenbei wird erwähnt, dass Afrika „nicht seine Sozialprogramme kürzen“ solle (222). Herberts Alternative ist daher auf den ersten Blick völlig immanent: Es geht um mikroökonomisch konzipierte Standortpolitik, und noch nicht einmal die routinemäßig angeführten strukturellen Defizite der Weltmärkte, wie sie etwa im Beitrag von Herfkens und Bains aufgezählt werden, kommen bei ihm auch nur andeutungsweise vor. Auf den zweiten Blick sieht es aber anders aus: Herbert will den Kontinent zu einem starken Konkurrenten auf dem Weltmarkt machen, und dies würde dessen Struktur durchaus in Frage stellen. Dann nämlich stünde zumindest tendenziell das Prinzip der Hierarchie zur Disposition, das Weltmarkt und internationale Arbeitsteilung seit dem Einsetzen des industriellen Kapitalismus vor einem knappen Vierteljahrtausend entscheidend geprägt hat – ganz unabhängig vom Aufstieg von Ländern wie neuerdings China und Indien oder vor 50 Jahren Argentinien, das heute für das Gegenteil, einen Abstieg in der hierarchischen Rangfolge steht. Ob die Aufhebung der globalen Hierarchie im Rahmen eines globalen Kapitalismus möglich wäre, ist eine spannende und wohl entscheidende Frage, eine andere, welche analytischen und politischen Instrumente dafür nötig wären. Das legt den Verdacht nahe, Herbert könnte sich über die Implikationen seines wenigstens äußerlich ganz im neoliberalen Bezugsrahmen gehaltenen Vorschlags nicht ganz im Klaren sein. Wenn ferner Thomas Fues auf „fehlende Kompromissbereitschaft der Industrieländer“ (57) verweist, dürfte mehr als der in diesem Band oft beklagte fehlende politische Wille dahinter stecken, die in MDG 8 avisierte globale Entwicklungspartnerschaft zu verwirklichen.

Es zeigt sich also: Um zu verstehen, was die MDG eigentlich bedeuten, kann man nicht einfach davon ausgehen, man wisse schon, was „Entwicklung“ sei. Die Autorinnen und Autoren dieses Bandes scheinen dies zu meinen, etwa wenn Holtz ohne Scheu vor Tautologie über das „Entwicklungsparadigma einer menschenwürdigen und nachhaltigen Entwicklung“ (120) spricht, Nuscheler den „Mangel an sauberer Energie“ beklagt, „der die Entwicklung behindert“ (165) oder Wittmann auf die Rolle von Frauen als „Hauptakteurinnen von Entwicklung“ verweist (175). Wie diese Zitate zeigen, ist eine solche selbstverständliche Übereinstimmung jedoch keineswegs gegeben, auch wenn Menschenrechte (s. auch in den Beiträgen von Brand: 78, und Herfkens & Bains: 226) und Gendergerechtigkeit (s. Wittmann 181) hier weitgehend Konsens darstellen dürften.

Gerade ein solcher Konsens verweist aber endlich darauf, dass es in Entwicklungsdiskursen um Werte geht. Wenn daher Nuscheler und Roth einleitend meinen, zwischen „subjektiven Wertentscheidungen“ einerseits sowie „entwicklungsstrategischen Überlegungen [...], die auf entwicklungstheoretische Debatten der letzten Jahrzehnte zurückgreifen“ (23) unterscheiden zu können, so suggerieren

sie hier eine Objektivität und Politikferne solcher Strategien und Theorien, die wissenschaftslogischen Grundüberlegungen nicht standhält. Damit aber wird die verschiedentlich in diesem Band beklagte Entpolitisierung der entwicklungsbezogenen Debatte unversehens gerade unterfüttert. Schließlich gibt es keine Strategie ohne Ziel und kein Ziel ohne eine Wertentscheidung darüber, ob es erstrebenswert sei oder nicht und welcher Stellenwert ihm zugemessen wird. Außerdem ist bei niemand anderem als Max Weber zu lernen, dass die Enthaltung vom Werturteil im wissenschaftlichen, also auch theoretischen Diskurs keineswegs mit dem Fehlen einer Wertorientierung gleichzusetzen ist. Ohne Wertorientierung würde sich nämlich niemand überhaupt die Mühe machen. Es ginge also unabhängig vom Handlungsdruck darum, sich endlich einmal darüber klar zu werden, was gemeint ist und was begrifflich und theoretisch geschieht, wenn von Entwicklung die Rede ist.

Ziele gesellschaftlicher Entwicklung lassen sich nicht objektiv aus empirischen Veränderungsprozessen bestimmen: Diese Prozesse unterliegen der Kontingenz (s. Kößler 2007; Wimmer & Kössler 2006). Es ist daher möglich, gerichteten Wandel zu erklären und mögliche Handlungskonsequenzen abzuschätzen, die *Strategie*, einen bestimmten Entwicklungspfad einzuschlagen, bleibt jedoch immer mehr oder minder informierte, risikobehaftete politische Entscheidung. Diese kann nicht wissenschaftlich „objektiv“ oder gar wertfrei sein, sondern muss auf Wertentscheidungen beruhen. Wer dies ignoriert, läuft Gefahr, in die szientistischen Fallen zu tappen, deren Konsequenzen die Geschichte des 20. Jahrhunderts nur allzu grell verdeutlicht.

Eine gründliche Debatte über leitende Werte ist also unverzichtbar, will man ernsthaft über Strategien der Entwicklung und deren Zielbestimmung reden. Dabei ist nicht zuletzt zu fragen, ob die *Bekämpfung* von Armut – nicht deren *Überwindung* – bereits ein Ziel ist, das der beständig postulierten Anerkennung der Menschenwürde aller auf dem Planeten lebenden Menschen gerecht wird.

Wenn aber nicht die bloße Abmilderung und damit letztlich zugleich die Festbeschreibung der bestehenden globalen Hierarchie eine mit menschenrechtlichen Orientierungen zu vereinbarende Zielvorgabe sein kann, dann stellt sich die Frage, was mit „Entwicklung“ denn gemeint sein soll, noch weit grundsätzlicher. Die von Nuscheler einmal mehr bemühten Katastrophenzeichen unterstreichen schließlich nicht zuletzt die inzwischen beinahe banale, angesichts realer Politik aber leider nicht triviale Einsicht, dass Konsummuster nach westlichem Vorbild aufgrund stofflicher Beschränkungen global nicht verallgemeinerbar sind. Die aktuellen, regionalen Umweltprobleme, zumal in China, deuten als Warnsignale nachdrücklich in die gleiche Richtung. Darüber hinaus macht die aktuelle Klimadebatte sehr deutlich, dass effektive Änderung nur dann zu erreichen ist, wenn Produktions- und Konsumpraktiken *weltweit*, vor allem aber dort zur Disposition

gestellt werden, wo nach wie vor und noch auf lange Sicht zumindest pro Kopf die meisten Ressourcen verbraucht und die meisten Emissionen produziert werden. Nimmt man das ernst, muss „Entwicklung“ zuallererst reflexiv, nicht mehr transitiv verstanden werden: Es geht ganz wesentlich (auch) darum, mit welchen Zielsetzungen der „Westen“ *sich* entwickelt und immer dringlicher um die Revision dieser Zielsetzung. Dabei geht es nicht allein um die „Sorge für andere“, sondern auch um die „Sorge für sich“ (vgl. Giri & Quarles van Ufford 2003): um die Frage nach einem lebenswerten und würdigen Leben für alle auf dem Planeten.

Zitierte Literatur

- Giri, Ananta Kumar; Quarles van Ufford, Philip (2003): „Reconstituting Development as a shared responsibility. Ethics, aesthetics and a creative shaping of human possibilities.“ In: dies. (Hg.): *A Moral Critique of Development. In Search of Global Responsibilities*. London & New York, S. 253-278.
- Köbler, Reinhart (2007): „Normativität im sozioökonomischen Entwicklungsdenken. Dilemmata und Paradoxien des Nachholens.“ In: Ahrens, Johannes; Beer, Raphael; Bittlingmayer, Uwe H.; Gerdes, Jürgen (Hg.): *Beschreiben und/oder Bewerten? Beiträge zu den normativen Grundlagen der Sozialwissenschaften*. Münster & New York (i.E.).
- Martens, Jens (2005): „Das neue Mantra der Entwicklungspolitik“. In: *INKOTA-Brief*, Nr. 132, S. 5-8
- Wimmer, Andreas; Kössler, Reinhart (Hg.) (2006): *Understanding Change. Methods, Methodologies and Metaphors*. Houndmills, Basingstoke & New York.

Anschrift des Autors:

Reinhart Köbler

r-koessler@gmx.de